

Luzern, 24.01.2018

Medienmitteilung

Aufsichtsanzeige

Die FDP beschwert sich über das Vorgehen des Stadtrates

Wiederholte Unwahrheiten, Beeinflussung der parlamentarischen Entscheide und das Unterschlagen von entscheidrelevanten Unterlagen – diese happigen Vorwürfe erhebt die FDP.Die Liberalen Stadt Luzern in einer Aufsichtsanzeige gegen den Stadtrat und liefert dafür schlüssige Beweise. Nun soll das kantonale Justiz und Sicherheitsdepartement die Fakten untersuchen.

Mitte Dezember 2016 hat der Grosse Stadtrat mit einer hauchdünnen Mehrheit eine Motion von SP, Grünen und Grünliberalen überwiesen und damit den Abbruch der Zusammenarbeit mit den privaten Initianten des Parkhaus-Projektes unter dem Musegg-Hügel verlangt. Dieser Entscheid basierte auf falschen Voraussetzungen und auf fehlenden Informationen, die der Stadtrat absichtlich zurückgehalten hat.

Die FDP.Die Liberalen Stadt Luzern nimmt nun das „Parkhaus Musegg“ als Beispiel für das undemokratische Verhalten der Stadtregierung und analysiert die Vorgeschichte zum folgenschweren Parlamentsbeschluss. Dabei erhebt sie schwere Vorwürfe an den Stadtrat und reicht beim Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons Luzern eine Aufsichtsanzeige ein. Darin beschuldigt sie die Exekutivbehörde,

1. bei gewissen Vorstössen die Dringlichkeitskriterien nach eigenem Gutdünken und nicht nach den Kriterien des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates beurteilt zu haben.
2. sich bei der Beantwortung von Vorstössen (P 28) der Kompetenzunterschreitung schuldig gemacht zu haben.
3. nach der Überweisung von Postulat 28 die Forderungen der Postulanten nicht gemäss «Postulat» geprüft, sondern als Motion interpretiert und die Planung sofort sistiert zu haben.
4. die Vereinbarung mit dem Projektteam „Parkhaus Musegg“ einseitig und rechtswidrig beendet zu haben.
5. dem Grossen Stadtrat (Legislative) wiederholt entscheidrelevante Grundlagen vorenthalten zu haben.
6. bewusst faktenwidrige Aussagen gemacht zu haben, um damit den Entscheid des Parlaments im gewünschten Sinn zu beeinflussen.

Jede der oben aufgeführten Anschuldigungen untermauert die FDP.Die Liberalen mit detaillierten Auszügen aus den entsprechenden Vorstössen sowie den Antworten und den Aussagen des Stadtrates.

Die Politikultur, nicht das Projekt steht im Zentrum

Die Unterzeichner des Dokuments betonen, dass es ihnen nicht um die Haltung des Stadtrates zum Projekt „Parkhaus Musegg“ geht, sondern vielmehr grundsätzlich um den Umgang mit den politischen Instrumenten, um die Glaubwürdigkeit des Stadtrates, sowie um das hohe und schützenswerte Gut der politischen Kultur in der Stadt Luzern. «Wir reichen die Aufsichtsanzeige ein, um unsere staatspolitische Verantwortung wahrzunehmen», hält Parteipräsident Fabian Reinhard fest. Kantonsrat und Geschäftsleitungsmitglied Dr. Herbert Widmer äussert seine Sorge um die Politikultur in der Stadt Luzern: «Der Stadtrat hat seine ideologischen Vorstellungen und Überzeugungen durch eine Meinungsbildung mit gefilterten Informationen und tendenziösen Fakten verfolgt.» Beide sind zudem überzeugt, dass dies private Initianten abschreckt, wenn es darum geht, mit der öffentlichen Hand Partnerschaften einzugehen, um zukünftige Herausforderungen erfolversprechend zu meistern und vor allem Grossprojekte gemeinsam zu realisieren.

Kontakt:

Fabian Reinhard, Parteipräsident, 041 511 22 50 oder 079 703 94 14

Dr. Herbert Widmer, Mitglied der Geschäftsleitung/Mitglied der Verkehrskommission, 041 410 65 81 oder 079 964 66 58